

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Auch die EU muss sparen! Ende nächsten Jahres läuft der aktuelle Ausgabenbeschluss zur Finanzierung der EU aus. Verhandlungen über einen neuen, die so genannte "Finanzielle Vorausschau" stehen also ins Haus. In ihr stecken Rat, Parlament und Kommission die jährlichen Obergrenzen für die Gesamtausgaben bis zum Jahr 2013 ab. Der Vorschlag der Kommission wäre, 1,26 Prozent des für diesen Zeitraum prognostizierten Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten für die Aufgaben der EU aufzuwenden.

Das Parlament hat auch schon eine erste konkrete Position in die Diskussion eingebracht. Dabei ist es den Vorschlägen der Europäischen Kommission in Teilen gefolgt und schlägt auch Kürzungen und Aufstockungen der Mittel vor. So sollen etwa die Verwaltungsausgaben um 10 Prozent gekürzt werden. Auch die Mitgliedstaaten sollen mehr in die Verantwortung genommen werden, zum Beispiel sollen sie die Agrarsubventionen mittragen. Bereiche, die aufgestockt werden sollen, sind Forschung und lebenslanges Lernen, was die Wettbewerbsfähigkeit der Länder verbessern soll. Des Weiteren sollen Justiz, Inneres und Außenpolitik mehr Mittel zur Verfügung bekommen - etwa zur Finanzierung eines auswärtigen Dienstes der EU. So soll der immer wichtiger werdenden Rolle Europas in der Welt Rechnung getragen werden.

Den 1,26 Prozent konnte das Parlament jedoch nicht zustimmen. Ein erster Kompromissvorschlag lautet 1,18 Prozent, was einer Einsparung von rund 48 Mrd. entspricht. Ein Vorschlag, der Nettozahler wie Deutschland entlasten und sicherlich auch die Zustimmung der anderen Länder finden könnte.

WAHLKREISBÜRO:

Eisenbahnstr. 64
79098 Freiburg
Tel.: 0761/2171313
Fax: 0761/2171314
<http://www.andreas-schwab.de>

ABGEORDNETENBÜRO:

Rue Wiertz ASP 10 E 116
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032/22847938
Fax: 0032/22849938
post@andreas-schwab.de

BÜRO STRABURG:

Tel.: 0033/388177938
Fax: 0033/388179938

EUROPABÜRO ROTTWEIL:

Tel.: 0741/41506
Fax: 0741/43112